

P r o t o k o l l

der 8. Sitzung des Unterausschusses des Verfassungs-  
ausschusses vom 21. VIII. 1920.

Beginn 10 Uhr 30 Vormittag.

A n w e s e n d :

Dr. Otto Bauer als Vorsitzender

Dr. Josef Aigner

Heinrich Clessin

Jodok Fink

Karl Leuthner

Dr. Ignaz Seipel

-----  
Staatssekretär Dr. Michael Mayr

-----  
Von der Staatskanzlei :

Sektionsrat Dr. Hugo Jackl

Sektionsrat Dr. Egbert Manolicher

Ministerialvizesekretär Dr. Kurt Frieburger  
als Schriftführer

-----  
Prof. Dr. Hans Kelsen als Experte des Verfassungs-  
ausschusses.  
-----



Der Vorsitzende leitet die Beratung über den 4. Abschnitt des Linzer Entwurfes „Von der Gesetzgebung und Vollziehung der Länder“ ein und bemerkt zu einer Frage, ob der Wohnsitz im Lande nicht als Voraussetzung für das Landtagswahlrecht angeführt werden sollte, daß dies nicht nötig sei, weil ja laut Art. 65, Abs. 2 die Bedingungen des Wahlrechtes nicht enger gezogen werden dürfen als in der Wahlordnung zum Nationalrat; es wurden daraufhin folgende Formulierungen beschlossen:

„ Art. 85.

(1) Die gesetzgebende Gewalt der Länder wird durch die Landtage ausgeübt, deren Mitglieder auf Grund des gleichen, geheimen, persönlichen und unmittelbaren Verhältnisswahlrechtes aller nach den Landtagswahlordnungen wahlberechtigten männlichen und weiblichen Bundesangehörigen gewählt werden.

(2) Die Landtagswahlordnungen dürfen die Bedingungen des aktiven und passiven Wahlrechtes nicht enger ziehen als dies in der Wahlordnung zum Nationalrat der Fall ist.

„ Art. 86.

(1) Die Mitglieder des Landtages genießen die gleiche Immunität wie die Mitglieder des Nationalrates, wobei die Bestimmungen des Art. 43 sinngemäß Anwendung findet.

(2) Die Bestimmungen der Art. 24 und 25 gelten auch für die Sitzungen der Landtage und ihrer Ausschüsse.

Bei Beratung des Art. 87 verweist der Vorsitzende auf die Meinungsverschiedenheiten bezüglich der Trennung der Funktionen des Vorsitzenden im Landtage und <sup>der</sup> des Chefs der Landesregierung. Abg. Dr. S e i p e l spricht sich für möglichste Freiheit der Landesgesetzgebung aus; namentlich Oberösterreich sei gegen eine Trennung der Funktionen. Abg. L e u t h n e r möchte die Lösung dieser Frage doch nicht ohneweiters in das Belieben der Länder stellen und Prof. Dr. K e l s e n erklärt, daß der Gedanke der Trennung in allen Entwürfen der Staatskanzlei bis zur Linzer Konferenz streng durchgeführt worden sei, da man den Hauptgrund der Unbotmässigkeit

der Landeshauptmänner in ihrem Gefühl der Unabhängigkeit erblickt habe. Auf dem Gebiete der Vollziehung von Bundesangelegenheiten müsse der Grundsatz absoluter Unterordnung herrschen.

Staatssekretär Dr. M a y r teilt mit, daß die ~~XXXXXXXXXX~~  
~~XXXXXXXXXX~~ nicht der sozialdemokratischen Partei angehören-  
den Ländervertreter in Salzburg noch nicht für die Trennung  
waren oder die Regelung den Ländern überlassen wollten, in  
Linz sprachen sich dagegen alle für die ungeteilte Funktion  
aus. <sup>nach Anschauung einiger Ländervertreter</sup> besonders da sich die Teilung in Kärnten nicht bewährt  
haben soll. Der Vorsitzende meint, da die Länder den Präsi-  
denten des Landtages als Oberhaupt des Gliedstaates auffas-  
sen, müßte man analog dem Argument der Christlichsozialen  
zur Stellung des Bundespräsidenten vermeiden, den Landes-  
hauptmann zum Landtagspräsidenten zu machen. Auch könne das  
Oberhaupt eines Staates doch nicht von der Bundesregierung  
Weisungen entgegennehmen, wie dies der Chef der Landesregie-  
rung muß. *Die* Länder dürften das Bedürfnis nach einer  
Trennung der Funktion haben, die allein der Würde entspricht  
und die einzig richtige und zweckmassige Konstruktion ist.

Dr. A i g n e r erinnert daran, daß in Linz auch die  
sozialdemokratischen Vertreter eine Abänderung, wie sie hier  
vorgeschlagen wird, als reformatio in peius nur unter drin-  
gendsten Umständen zugeben wollten. *Derzeit* haben die Landes-  
hauptmänner jederzeit die Möglichkeit auf einheitliche Ge-  
setzgebung hinzuwirken wie eben jetzt in Linz bei der Ge-  
treidebewirtschaftung. Abg. L e u t h n e r meint, daß dies  
in Oberösterreich auf persönliche Eigenschaften des Landes-  
hauptmannes zurückzuführen sei. Abg. C l e s s i n behauptet,  
daß es sehr schwierig sei den Landeshauptmann verantwortlich  
zu machen, weil er in den meisten Fällen der fachmännischen  
Bildung ermangle; eine solche fachtechnische Vorbildung müsse  
aber gewahrt bleiben.

Abg. C l e s s i n verweist auf Art. 120 (Antrag Renner Mayr) nach dem in Städten und Märkten dem Bürgermeister ein Amtsleiter beigegeben ist und erblickt hierin den Gedanken, daß nur ein fachtechnisch geschulter Beamter verantwortlich gemacht werden könne. Er stellt daher den Antrag, daß dem Landeshauptmann ein fachtechnisch geschulter Beamter als Landesamtsdirektor beigegeben werden soll. Prof. Dr. K e l - s e n bezeichnet die Trennung der Funktion als eine der wichtigsten Forderungen im Interesse der Bundesverwaltung. Man habe nur deshalb einen vom Präsidenten des Nationalrates verschiedenen Bundespräsidenten vorgesehen, um die Parallele in den Ländern durchführen zu können. Dann sei es möglich, sich dem alten Zustand wieder zu nähern, da der Statthalter im Interesse der Zentralregierung handle. Der Widerstand der Länder gegen den Landesamtsdirektor sei darauf zurückzuführen, da sie in ihm ein Bundesorgan erblickten.

Dr. S e i p e l lehnt den Antrag C l e s s i n durchaus ab. Der erste Beamte eines Gliedstaates kann nur diesem Gliedstaate verantwortlich sein. Im ähnlichen Sinn verweist auch Dr. A i g n e r auf den Wunsch der Bevölkerung nach Vereinfachung der Verwaltung. Durch die Trennung der Funktion schaffe man ein neues kostspieliges Organ. Die herrschende Meinung bemängle heftig die übergroße Zahl von Mandatsträgern in der Nationalversammlung, im Lande und in der Gemeinde, anstatt abzubauen, schaffe man deren mehr.

Abg. C l e s s i n stellt fest, daß auch er den Landesamtsdirektor als Beamten gedacht habe, der der Landesregierung verantwortlich sei.

Bezüglich der Frage der Sparsamkeit bemerkt Abg. L e u t h - n e r, daß sich Gelegenheit zu deren Erörterung bei Besprechung der Anzahl der Landeshauptmannstellvertreter ergeben werde.

Dr. A i g n e r zählt hingegen eine Reihe von Vorteilen auf, wenn der Chef der Landesregierung zugleich auch Vor-  
sitz

zender des Landtages sei, die Einberufung des Landtages, die Festsetzung der Tagesordnung, die Vorbereitung der Geschäfte mit dem Apparat der Landesregierung. Dazu bedarf es keiner weiteren Herstellung des Einverständnisses noch auch eigener Verhandlungen.

Bei der folgenden Abstimmung wurde abgelehnt in der Verfassung auszusprechen, daß der Präsident des Landtages *nicht mit dem Chef der Landesregierung identisch sein dürfte.* Hingegen wurde der Antrag C l e s s i n angenommen, daß der Landesamtsdirektor vorzuschreiben sei als ein Organ, das das Land haben muß und das für die Vollziehung der Bundesgesetze in einer durch Gesetz besonders zu regelnden Weise der Bundesregierung verantwortlich ist. Der Vorsitzende erklärt daraufhin, daß man an geeigneter Stelle einen Landesamtsdirektor vorsehen müsse, der für die Vollziehung der Bundesgesetze der Bundesregierung verantwortlich ist.

Bei Erörterung des Art. 87, Abs. 1 Linzer Fassung wird Absatz auf Grund eines Antrages Dr. S e i p e l s festgesetzt, daß bei Landesgesetz, die Beurkundung und die Gegenzeichnung nach den Bestimmungen der Landesverfassung und die Kundmachung durch die Landesregierung im Landesgesetzblatte zu erfolgen hat. Der zweite Absatz wird ohne Aenderung angenommen.

„ Art. 87.

(1) Zu einem Landesgesetz ist der Beschluß des Landtages, die Beurkundung und Gegenzeichnung nach den Bestimmungen der Landesverfassung und die Kundmachung durch die Landesregierung im Landesgesetzblatt erforderlich.

(2) Insoweit ein Landesgesetz bei der Vollziehung die Mitwirkung von Bundesbehörden vorsieht, muß zu dieser Mitwirkung die Zustimmung der Bundesbehörden eingeholt werden. Vor Erteilung der Zustimmung kann ein solches Landesgesetz nicht kundgemacht werden.

Bei Besprechung des Art. 88 verweist der Vorsitzende als

von christlichsozialer Seite eine Verkürzung der Frist gewünscht wird, auf die Fassung des Art. 84 (904 d.B.): hier sei ein besonderer Fall vorgesehen, in dem die Zustimmung des Bundesrates als des gemeinsamen Organes der Länder erforderlich ist. Dr. S e i p e l spricht sich im Interesse der Selbständigkeit der Länder dagegen aus, daß ihre eigene Gesetzgebung durch die Mitbeschlußfassung der anderen Länder eingeschränkt werde, eher ließe sich eine Remedur durch Volksabstimmung denken. Abg. C l e s s i n sieht eine größere Einschränkung der Länderselbständigkeit darin, daß bei möglicher Gefährdung der Bundesinteressen die Bundesbevölkerung zu entscheiden hätte. Wichtiger erscheint ihm, daß jeder Gesetzesbeschluß der Bundesregierung vorgelegt wird, damit diese noch vor Inkrafttreten in der Lage ist eine Klage beim Verfassungsgerichtshof einzubringen und stellt den Antrag, den 2. Absatz in diesem Sinne abzuändern.

Abg. L e u t h n e r findet es dagegen unerträglich, daß die Länder wohl ein aufschiebendes Veto gegenüber Beschlüssen des Nationalrates haben, die Bundesregierung sich aber erst an den Verfassungsgerichtshof wenden müsse.

Prof. Dr. K e l s e n meint, daß man einen eklatanten Verfassungskonflikt doch vorher zu vermeiden trachten soll, ehe man den Verfassungsgerichtshof anruft. Daher sollte das Land nach dem Entwurf <sup>und vor Kundmachung</sup> ~~Verst~~ gewarnt werden.

Abg. F i n k . hält es für zweckmässiger, wenn der Weg gültliche Vereinbarung vorgesehen <sup>wird</sup> wünscht aber statt „Bekanntmachung“ „Eintreffen des Beschlusses beim betreffenden Staatsamt“, von welchem Tag an die Frist mit vier Wochen zu bemessen wäre. Sekt. Rat Dr. M a n n l i c h e r regt an, ob nicht zwecks raschen Vollzuges die Bundesregierung auch erklären könne, dass sie keinen Einspruch erhebt, woraufhin das Gesetz sofort kundgemacht werden könnte. Prof. Dr. K e l s e n findet den Vorzug gegen den gegenwärtigen Zu-

stand darin, dass jetzt eine Klage erst nach Kundmachung möglich ist, während sie künftig im Interesse der formalen Selbständigkeit schon vorher geltend gemacht werden kann.

Der Antrag Dr. S e i p e l ' s, dass der Einspruch mit Begründung versehen sein müsse, und dass die Frist mit vier Wochen festzusetzen sei, wird angenommen, während die Bestimmung des Linzer Entwurfes ( 6 Wochen ) und ein Antrag des Abg. L e u t n e r auf 8 Wochen abgelehnt werden.

Angenommen wird ferner ein Antrag des Abg. F i n k, „vom Tage des Einlangens des Gesetzesbeschlusses bei der Staatsregierung“. Die Staatskanzlei wird um Formulierung des Gedankens ersucht, da analog dem Einspruchsverfahren beim Bundesrat im Sinne der Anregung Dr. M a n n l i c h e r ' s gesagt wird, dass der Gesetzesbeschluss kundgemacht werden kann, wenn die Staatsregierung vor Ablauf der Frist erklärt, dass sie keinen Einspruch erhebt.

Abgelehnt wird der Antrag des Abg. C l e s s i n vom Einspruch abzusehen und nur die Anfechtung beim Verfassungsgerichtshof zu belassen. Beschlossen wird, dass der Gesetzesbeschluss, gegen den ein Einspruch erhoben wurde, nur dann kundgemacht werden kann, wenn der Landtag den Gesetzesbeschluss wiederholt. Der sozialdemokratische Antrag, dass hiezu zwei Drittel Mehrheit erforderlich sei, wird abgelehnt.

Auf Antrag des Abg. Dr. S e i p e l wird der Art. 89 des Linzer Entwurfes gestrichen, da der erste Teil bereits im Art. 87 enthalten ist, der zweite Teil aber der Landesgesetzgebung überlassen werden könnte oder auch dem § 87 anzugliedern wäre.

An Stelle des gestrichenen Artikels wird Art. 85 des sozialdemokratischen Entwurfes ( 904 d.B. ) als Art. 89 eingeschaltet:

Art. 89.

(1) Die durch Landesgesetz zu erlassende Landesverfassung kann -insoweit dadurch die Bundesverfassung nicht berührt wird - durch Landesgesetz abgeändert werden.

(2) Ein Landesverfassungsgesetz kann nur bei Anwesenheit der Hälfte aller Mitglieder des Landtages mit einer Mehrheit von zwei Dritteln aller abgegebenen Stimmen beschlossen werden.

Bei Artikel 90 wird trotz Widerspruches des Abg. Leuthner auf Antrag der Christlichsozialen beschlossen, dass die Hälfte der Mitglieder anwesend sein und der Beschluss mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen gefasst werden muss. Die Frist für die <sup>Neuwahl</sup> ~~aus~~ Ausschreibung wird mit 3 Wochen festgesetzt. Im Sinne einer Anregung des Sekt. Rates Dr. M a n n l i c h e r sind, um der Landesgesetzgebung nicht durch die Fassung »der Landeshauptmann hat auszuscheiden« vorzugreifen, zu lauten: »Gemäss den Bestimmungen der Landesverfassung« binnen 3 Wochen die Neuwahlen auszuschreiben.

Bei Erörterung des Art. 91 fordert Abg. L e u t h n e r, dass in der Verfassung die Zahl der Landeshauptmann-Stellvertreter auf einen beschränkt wird. Es geht nicht an, dass Vorarlberg mit weniger Einwohnern als der Bezirk Ottakring drei Landeshauptmannstellvertreter habe. Abg. F i n k stellt fest, dass diese Zahl nur erreicht worden sei, um nach dem Proporz auch der sozialdemokratischen Partei die Stelle eines Stellvertreters zu geben. Abg. L e u t h n e r ist der Anschauung, dass eine grössere Zahl nur während der Uebergangszeit als eine Art gemeinsamer Mitwirkung an einer Notstandsaktion aller Parteien nötig gewesen sei. Schliesslich wird ein Antrag des Abg. Dr. S e i p e l, der gegen einen Eingriff in die Rechte der Länder ist, folgender Wortlaut bestimmt: »aus dem Landeshauptmann und der erforderlichen Zahl von Stellvertretern und weiteren Mitgliedern« Auch im drit-



ten Absatz hat es zu lauten: »seine Stellvertreter«.

Ferner wird beschlossen, in den Art. 91 als 3. Absatz den Abs. 3 des Art. 88 (904 d.B.) einzuschalten: »Die Mitglieder der Landesregierung müssen nicht dem Landtag angehören, jedoch kann in die Landesregierung nur gewählt werden, wer zum Landtag wählbar ist.«

Ueber Antrag des Abg. Dr. S e i p e l stellt der Vorsitzende den Art. 26 des christlichsozialen Entwurfes (888 d.B.) zur Diskussion. Staatssekretär Dr. M a y r erklärt, dass die Aufzählung der Bundesbehörden im zweiten Abs. auf Antrag Dr. E n d e r s eingeschaltet worden sei, da dieser die Agenden genau umgrenzt wünschte, für die selbständige Organe des Bundes aufgestellt werden sollen. Allerdings wäre nach den zahlreichen Aenderungen in den Art. 10 und 11 <sup>Überprüfung</sup> nötig. Zur klaren Stilisierung würde es sich vielleicht empfehlen, aus dem Entwurf Dr. Henders die Ausdrücke »mittelbare und unmittelbare Bundesverwaltung« herüberzunehmen. Prof. Dr. K e l s e n findet, dass die Fassung „im Auftrage“ nicht alle Möglichkeiten erschöpft; auch die Worte »auf Grund von Gesetzen« müssten eingeschaltet werden.

Der Vorsitzende stellt fest, dass Abs. 1 des Art. 26 (888 d.B.) unter Streichung der Worte »im Bundesauftrage« angenommen ist. Gegen den zweiten Absatz wendet er ein, dass in Zukunft jede Schaffung neuer Bundesbehörden eine Verfassungsänderung erfordere. Nach längerer Debatte, an der sich Staatssekretär Dr. M a y r, die Abg. Dr. S e i p e l, L e u t h n e r und C l e s s i n beteiligen, und von christlichsozialer Seite auf den Widerstand der Schweizerkantone gegen die stete Vermehrung der Bundesbehörden im ganzen Gebiete der Eidgenossenschaft hingewiesen wird, ergibt die Abstimmung die Annahme eines Antrages C l e s s i n 's.

»(3) Eigene Bundesbehörden können bis auf weiteres für folgende Angelegenheiten errichtet werden (—Ein konkreter Vorschlag ist von der Staatskanzlei nach Verhandlungen mit den Staatsämtern vorzulegen—) Dem Bunde bleibt es vorbehalten, auch in diesen Angelegenheiten die Landesregierungen mit der Ausübung der vollziehenden Gewalt des Bundes zu beauftragen.»

Der Vorsitzende macht hierbei aufmerksam, dass die Aufnahme der »Sicherheitspolizei in den Landeshauptstädten« in die taxative Aufzählung auf grössten Widerstand der sozialdemokratischen Partei stossen werde. Somin wird beschlossen, dass Abs. 3 des Art. 26 (888d.B.) zum nächsten Artikel gezogen wird und der Abs. 4 folgendermassen zu lauten hat:

» (Artikel 92)

(4) In den Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung sind die Landesregierungen an die Weisungen der Bundesregierung sowie der einzelnen Bundesämter gebunden; der administrative Instanzenzug geht in diesen Angelegenheiten — wenn nicht durch Bundesgesetz ausdrücklich anderes bestimmt ist — bis zu den zuständigen Bundesämtern.»

Die Sitzung wird um 1/2 1 Uhr nachmittags unterbrochen und um 3 Uhr fortgesetzt. Bei Besprechung des Art. 93 erklärt Abg. C l e s s i n , daß seinem früheren Antrag gemäß dem Landesamtsdirektor, welcher Titel in allen Ländern gleichmässig einzuführen wäre, <sup>auch</sup> da er die Vollziehung über habe, die Verantwortlichkeit anzulasten wäre. Der Vorsitzende ist der Meinung, daß dadurch eine Art Sitzredakteur geschaffen werde. Prof. Dr. K e l s e n meint, daß die Stellung des Landeshauptmannes zum Landesamtsdirektor gewissermassen analog der des unverantwortlichen Monarchen zum verantwortlichen Minister wäre. Dr. S e i p e l ist jedoch der Anschauung, daß der Landeshauptmann, solange keine Trennung der Funktion <sup>des</sup> Landesregierungschefs und Vorsitzenden des Landtages eintritt, ebenso wie früher der Statthalter der Bundesregierung gegenüber verantwortlich sein müsse.

Die Länder würden <sup>der angeregten Stellung des Landesamts-<sup>direktors</sup></sup> in keine Erhöhung der Selbstständigkeit des Landeshauptmannes sondern ein Wiederaufleben der Statthalter sehen.

Artikel 93 wird sodann mit geringfügigen Änderungen angenommen und lautet:

Artikel 93.

(1) Der Landeshauptmann oder sein Stellvertreter vertreten das Land. Er trägt in den Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung die Verantwortung gegenüber der Bundesregierung. Gemäss Artikel 152 der geltenden Bestimmung dieser Verantwortung steht die Immunität nicht im Wege.

(2) Dem Landtage sind die Mitglieder der Landesregierung gemäss Artikel 152 verantwortlich.

Zu Artikel 94 wünscht Abg. C l e s s i n, dass der Landesamtsdirektor in allen Ländern den gleichen Titel führe. Auch beantragt er die Streichung des 2. Absatzes, um den Wünschen der Techniker entgegenzukommen, fordert aber ausdrücklich, dass der Landesamtsdirektor ein rechtskundiger Beamter sein müsse. Bei Besprechung des folgenden Artikels meint der Vorsitzende, dass der Uebergang der Amtsgeschäfte des Landeshauptmannes auf den Landesamtsdirektor der Landesverfassung zu überlassen wäre. Wohl aber könnte man den Artikel 95 in der vorliegenden Fassung streichen. Ueber Antrag des Abg. S e i p e l wird nur die Bestimmung über die Tätigkeit des Landesamtsdirektors in der mittelbaren Bundesverwaltung in vorhergehende Artikel übernommen. Der nächste Artikel erhält also folgenden Wortlaut:

Artikel 94.

Zur Leitung des gesamten inneren Betriebes der Landesregierung wird ein rechtskundiger Verwaltungsbeamter als Landesamtsdirektor bestellt. Er ist in den Angelegenheiten der mittelbaren Bundesverwaltung das Hilfsorgan des Landeshauptmannes.

Bei Besprechung des Artikels 93 hebt der Vorsitzen-  
de die Möglichkeit ausserordentlicher Konsequenzen hervor,  
mit Uebergang des Landtages und des Nationalrates  
ein Ausnahmezustand verhängt <sup>werden könne,</sup> der in keiner Weise geregelt  
sei. Professor K e l s e n erläutert diese Bestimmung,  
dass ursprünglich beabsichtigt war für den Fall der Ob-  
struktion eines Landes einen Bundeskommissär zu ernennen,  
an den alle Beamten gewiesen wären. Der Vorsitzende findet  
die Bestimmungen des Artikels 48 der deutschen Verfassung  
über die Bundesexekution zweckentsprechender, doch verfügt  
der Präsident in Oesterreich nicht in gleicher Weise über  
die bewaffnete Macht. Da Abg. S e i p e l befürchtet, dass  
die Schwierigkeiten, die diese Bestimmung hervorrufen dürf-  
te, grösser sein werde als ihr praktischer Wert, wird über  
seinen und des Staatssekretärs Dr. M a y e r Antrag Arti-  
kel 93 gestrichen.

Bei Artikel 97 erinnert der Vorsitzende an die  
historische Bedeutung des Problems. Die Habsburger hätten  
sich bemüht Bündnisse der Stände verschiedener Länder zu  
verhindern und nach der Schlacht am weissen Berg einen vol-  
len Erfolg erzielt. Er würde die Fassung des Art. 93 im  
sozialdemokratischen Entwurf (904 d.B.) empfehlen „Verein-  
barungen der Länder untereinander können nur über Angelegen-  
heiten ihres selbständigen Wirkungskreises und nur durch  
Vermittlung der Bundesregierung getroffen werden.“ Dieser  
Antrag wird jedoch abgelehnt und Art. 97 in der Fassung des  
Linzer Entwurfes angenommen.

#### Artikel 97.

Vereinbarungen der Länder untereinander können nur  
über Angelegenheiten des selbständigen Wirkungskreises ge-  
troffen werden und sind der Bundesregierung unverzüglich

anzuzeigen.

Von sozialdemokratischer Seite wird ausmehr beantragte die Verfassung den Artikel ihres Entwurfes ( 904 d.B ) aufzuheben dass es grösseren Gebietsteilen unter bestimmten Voraussetzungen auf Grund von Volksbestimmungen ermöglicht sei, sich einem anderen Lande anzugliedern oder ein eigenes Land zu bilden.

Abg. L e u t h n e r begründet dies als ein Erfordernis des Selbstbestimmungsrechtes und verweist auf das Beispiel thüringischer Staaten im Deutschen Reiche. Abg. Dr. S c h e i l bekämpft die Anschauung des Voredners und namentlich die Leichtigkeit mit der durch diesen Artikel aus rein agitatorischen Gründen vor jeder Wahl ausserordentliche Umwälzungen hervorgerufen werden könnten. Um solche Wünsche einzelner Gebietsteile zu erfüllen, gebe es andere Möglichkeiten durch den Nationalrat, dessen Behandlung der Frage ein überstürztes Vorgehen weniger befürchten lässt. Durch den vorgeschlagenen Artikel würde eine solche Rechtsunsicherheit erzeugt, dass auch eine Verwaltungsreform unmöglich würde. Die österreichischen Länder seien abgerundete Gebilde und lassen sich mit den zersplitterten deutschen Kleinstaaten nicht vergleichen. Bei Durchführung der Kreiseinteilung wird es am besten gelingen wirtschaftlich gleichartigen Gebieten eine Sonderstellung und Zusammenfassung in Form von Kreismunicipalitäten zu ermöglichen.

Der Vorsitzende führt aus, dass in Oesterreich wohl eine geographische Zersplitterung nicht vorliege wie in Deutschland, wohl aber seien gewaltige soziale, kulturelle und wirtschaftliche Unterschiede zwischen den Bewohnern verschiedener Landstriche eines einzelnen Landes. Der

Bewohner des Waldviertels und der einer Südbanogemeinde werden kaum miteinander verglichen werden können. Gewisse Gebiete müssten aus verwaltungstechnischen Gründen von einem Lande einem anderen überwiesen werden wie namentlich das Unterpustertal. Staatssekretär Dr. M a y r erwähnt zu diesem Beispiel, dass die Bevölkerung gerade dieses Gebietes keineswegs den Wunsch habe, an Kärnten angegliedert zu werden und daß schon zur immerwährenden Betonung der Erwartung, daß das deutsche Südtirol wieder von der Fremdherrschaft befreit werde, die Zugehörigkeit des Gebietes zum Stammlande aufrecht erhalten werden müsse. Da diese Frage im Zusammenhang mit Art. 3 des Linzer Entwurfes steht, stellt Abg. F a n k den Antrag auch diesen Artikel in Verhandlung zu ziehen und durch folgende 4 Absätze zu ergänzen:

„(3) Innerhalb der ersten 10 Jahre des Bestandes dieser Verfassung kann ein Land durch Volksabstimmung beschließen, sich einem anderen Staatswesen anzuschließen oder einen selbständigen Staat zu bilden.

(4) Entscheidet die Volksabstimmung mit absoluter Mehrheit der gültig abgegebenen Stimmen für die Einverleibung in ein anderes angrenzendes Staatswesen, dann vollziehen die Gebietsänderung übereinstimmende Beschlüsse dieses Staates und des betreffenden Landes.

(5) Entscheidet die Volksabstimmung für die Bildung eines selbständigen Staates, so ist dieser Entscheid der Bundesversammlung vorzulegen. Verweigert die Bundesversammlung die Genehmigung, so steht die endgiltige Entscheidung beim Völkerbunde.

(6) Aus einer Gebietsänderung erwachsende finanzrechtliche Streitigkeiten entscheidet ebenfalls der Völkerbund.“

Der Vorsitzende macht auf die Schwierigkeit aufmerk-

sam, die darin liegt, daß nach diesem Vorschlag unsere Verfassung ausländischen Staaten den Auftrag gibt, Beschlüsse zu fassen, und dem Völkerbund eine Aufgabe<sup>wird</sup> stellt, mit deren Uebernahme sich dieser erst einverstanden erklären müßte.

Staatssekretär Dr. M a y r gibt zum Antrag Fink folgende Erklärung ab : Wenn er auch glaube, daß in diesem Antrag nur die Absicht zu erblicken sei, den Ländern die schließliche Annahme der Verfassung vom föderalistischen Standpunkt aus zu erleichtern, so müsse er doch als gegenwärtiger Vertreter der Staatsregierung erklären, daß dieselbe diesem Antrag nicht zustimmen könne. Darauf wird Art. 3 in folgender Fassung angenommen:

Art. 3.

(1) Das Bundesgebiet umfasst die Gebiete der Bundesländer. Es steht unter dem Schutze des Bundes.

(2) Eine Aenderung des Bundesgebietes, die zugleich eine Aenderung eines Landesgebietes ist, ebenso die Aenderung einer Landesgrenze innerhalb des Bundesgebietes kann - abgesehen vom Friedensvertrag - nur durch übereinstimmende Verfassungsgesetze des Bundes und jenes Landes erfolgen, dessen Gebiet eine Aenderung erfährt.

Abg. F i n k meldet seinen Antrag vorbehaltlich stilistischer Aenderungen als Minoritätsvotum an, da auch

Dr. Aigner, wenn anwesend, dafür stimmen würde.

Es wird hierauf über die Dauer der Gesetzgebungsperiode des Nationalrates verhandelt. Der Vorsitzende bemerkt, dass seine Partei kurze Legislaturperioden für ein unbedingtes Erfordernis der Demokratie hält, denn ein Parlament, das vor 5 Jahren gewählt worden sei könne nicht mehr ein Spiegelbild der politischen Anschauungen der Bevölkerung genannt werden. Neuwahlen in kurzen Zeitabständen geben dem Volkswillen deutlicher Ausdruck als Volksabstimmungen

32  
50

-10-

und sind geeignet den Gedanken der Demokratie zu stärken, dessen Gegner das Sowjetsystem verteidigen, demzufolge jederzeitige Abberufung des Volksvertreters durch seine Wähler möglich ist. Die häufige Wiederholung der Wahl sei auch geeignet, die Leidenschaftlichkeit des Wahlkampfes vorteilhaft zu verringern. Er stellt in Ausgleich des Antrages L e u t h n e r auf eine 2jährige und des Antrages F i n k auf eine 5jährige Legislaturperiode einen Vermittlungsentrag auf 3 Jahre. Der Unterausschuss einigt sich schliesslich dem Antrage C l e s s i n -vierJahre - beizustimmen. Der Antrag des Vorsitzenden, mit jeder Neuwahl des Nationalrates auch eine Neuwahl des Präsidenten stattfinden zu lassen, wird vom Abg. Dr. S e i p e l bekämpft und der Unterausschuss beschliesst, auch die Funktionsdauer des Präsidenten mit 4 Jahren festzusetzen. Nach Abaräumung der nächsten Sitzung auf Montag den 23. August 10 Uhr vormittags wird die Sitzung um 6 Uhr nachmittags geschlossen.

-----